

Haushaltsrisiken 2021/2022

Struktur- und Absatzkrise in Deutschland - Ausfälle an Steuern und Rückgang der Schlüsselzuweisungen

Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen?

Deutschland fühlte sich zum Jahreswechsel 2018/2019 an, als würden es die letzten Tage einer wirtschaftlichen Blütezeit erleben. Noch nie ging es Deutschland so gut. Die Auftragsbücher waren z. T. noch voll, die Arbeitslosigkeit war auf Rekordtief. Wir befanden uns im zehnten Jahr eines großen Aufschwungs. Aber das Wirtschaftsmärchen neigt sich dem Ende zu. Die konjunkturelle Krise setzte 2019 ein. Alle sprechen bereits von einer kommenden Rezession. Das Wort „Rezession“ wird mittlerweile so häufig gegoo-gelt, wie zuletzt in den Krisenjahren 2007-2009. Aber diese Debatte greift viel zu kurz. Es ist zu befürchten, wir stehen nicht an der Schwelle einer temporären Konjunkturkrise, sondern einer tiefgreifenden Struktur- und Absatzkrise. Die alte Wirtschaftswelt, wie wir sie kannten, gibt es nicht mehr. Eine neue ist im Entstehen. Das deutsche Wohlstandsmodell einer absatzorientierten Wirtschaft mit den enor-

men Handelsüberschüssen geht seinem Ende entgegen.

Unsere Wirtschaft wirkt aus der Zeit gefallen. Die deutschen Unternehmensgiganten des 20. Jahrhunderts taumeln. Die Autoindustrie steckt seit Jahren im Abgasskandal fest und bekommt kein massentaugliches Elektroauto vom Band. Industriekönigin Thyssen-Krupp fliegt aus dem DAX. Die Deutsche Bank ist ein Schatten ihrer selbst. Und Bayer ist im Krisen-Modus, nachdem der Kauf von Monsanto sich als „stupid German money“ erwiesen hat. Unsere Kernbranchen – Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau – sind Industrien aus der analogen Zeit. Sie können es gegen die jungen, hungrigen Technologie- und Datenkonzerne aus dem Silicon Valley oder Shenzhen nicht aufnehmen. Unser technologischer Vorsprung ist verloren und damit unser Wettbewerbsvorteil. Bei der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz haben wir den Anschluss zur Weltspitze schier unaufholbar eingebüßt. Wir müssen nunmehr Technologien

wie das 5G-Netz aus dem Ausland ankaufen. China entwickelt bereits an 6G-Netzen und in Deutschland tappt man von Funkloch zu Funkloch. Man gewinnt den Eindruck, wir erleben das Ende einer industriellen und technologischen Epoche, die Deutschland entscheidend mit geprägt hat und betreten nun eine neue, in der wir nur noch eine Rolle spielen werden, wenn wir bereit sind umzudenken und die Struktur unserer Wirtschaft neu ordnen und grundlegend modernisieren. Es tritt hinzu, dass der Geist der offenen, freien Märkte, der die letzten Jahrzehnte geprägt hat, tot ist. Dazu hat Deutschland mit seiner exportorientierten Industrie und höchsten Handelsüberschüssen einen gehörigen Teil selbst beigetragen.

In den zurückliegenden Jahren hat Geopolitik in der Weltwirtschaft Einzug gehalten. Die Sphären der nationalen Sicherheit und der Wirtschaft verschmelzen sich in rasanter Geschwindigkeit. Es geht heute nicht mehr nur um Ökonomie,

sondern um Geoökonomie. Auf diesem Feld tragen die Vereinigten Staaten von Amerika, China und Russland ihren Kampf um die globale Vorherrschaft aus. Beredte Beispiele dafür sind die amerikanischen Exportkontrollen auf High-Tech-Güter nach China, die Seidenstraßen-Initiative der Chinesen, Strafzölle z. B. gegen Nordstream 2 oder aber die jüngsten Zuspitzungen im Nahen Osten um die Zugänge zu Erdöl und Gas sowie dem militärischen Zugang über das Mittelmeer von Syrien aus. All diese Maßnahmen folgen nicht etwa den Interessen einer neuen Politikergeneration von „Populisten“, sondern einer langfristig angelegten Strategie zu geoökonomischen, Interessen, welche weltweit bereits vor einem Jahrzehnt begann. Die Europäische Union, Frankreich und auch Deutschland haben dazu bisher keinerlei Strategie und auch keine Potenziale entwickelt. Der damalige Bundespräsident - Horst Köhler - hatte 2010 bereits darauf aufmerksam gemacht und musste daraufhin aber seinen „Hut“ nehmen. Es bestanden zaghafte Versuche, eine eigene europäische Wirtschafts- und Außenpolitik und Armee aufzustellen. Die von der EU nunmehr entfaltete Strategie für ein „Grünes Europa“ trifft allein die existenziellen Fragen der Entwicklung Europas nicht im Kern. Es müssen entweder eine geoökonomische Strategie und die dazugehörigen Potenziale entwickelt werden oder aber man muss sich einer geopolitischen

Machtsphäre der sich neu herausbildenden Weltmächte anschließen bzw. unterordnen. Europa droht ein aufreiben zwischen den Weltmächten. Großbritannien hat sich bereits entschieden und verlässt die Europäische Union in Richtung des amerikanischen Kontinents.

Das Wort Krise setzt sich im Chinesischen aus 2 Schriftzeichen zusammen – das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit.

John F. Kennedy

Vorsorge für die bevorstehende Absatz- und Strukturkrise in den Kommunen treffen

Die vorgenannten Entwicklungen in der Welt, Europas und Deutschlands zeigen auf, dass ganzheitliche Umbrüche mit hohem Ausmaß bevorstehen. Insbesondere Deutschland steht in einem schwächer werdenden Europa eine schwierige Zeit in den Jahren 2021/2022 bevor. Einer exportorientierten Wirtschaftspolitik sind bereits heute sehr enge Grenzen gesetzt. China benötigt immer weniger Importgüter aus Deutschland, stellt diese zunehmend selbst her und die USA streben eine ausgeglichene Handelspolitik an, um die eigene Wirtschaft und die einheimischen Arbeitsplätze zu schützen. Gleichwohl muss die Embargopolitik gegenüber Russ-

land zeitnah überdacht werden. Eine Verfolgung der Wirtschaftspolitik mit hohen Exportüberschüssen ist nicht mehr möglich. Ferner bedarf die Wirtschaftsstruktur in Deutschland dringend einer Modernisierung. Vorgenanntes wird voraussichtlich in den kommenden Jahren eine sehr tiefe Absatz- und auch Strukturkrise in Deutschland von noch nicht da gewesenem Ausmaß auslösen. In diesem Fall wird es nicht mehr ausreichen die Banken zu retten und ein kommunales Investitionspaket aufzulegen. Es ist auch nicht ein erneutes Mal möglich, dass die Bundeskanzlerin und der Finanzminister vor die Öffentlichkeit treten und die Sicherheit der Spareinlagen versprechen.

Um den Rückgang des Exportes von Gütern rechtzeitig steuerlich abzufedern ist zu erwarten, dass der Binnenmarkt, insbesondere über die Anhebung der Preise in Deutschland, belebt wird. Voraussichtlich wird das diejenigen Waren und Dienstleistungen betreffen, welche für die Bürger zum Leben unverzichtbar sind. Die Kosten der Elektro- und Heizenergie, die Kosten der Mobilität sowie die Lebensmittelpreise werden nicht unerheblich steigen. Weiterhin muss mit weiter steigenden Mieten und auch Negativzinsen bereits ab dem Jahr 2020 gerechnet werden.

Eine genaue Bestimmung der Krisenzeit und dessen Verlauf sind z. Z. nicht möglich. Sicher ist

jedoch, so auch die führenden Volkswirtschaftler in Deutschland, sie wird 2021 oder 2022 ganz sicher eintreten.

Es verbleibt demnach nur noch wenig Zeit für eine angemessene Krisenvorsorge in den Kommunen, wenn sich dort die schwierigen Jahre 2007-2009 nicht auf höherer Stufe wiederholen sollen. Deshalb ist zu empfehlen, aus diesen Jahren die richtigen Rückschlüsse zu ziehen, denn die Kommunen trifft eine Wirtschaftskrise in Deutschland zu allererst, da die Steuern schnell und abrupt rückläufig und auch die Schlüsselzuweisungen erheblich einbrechen werden.

Eine kritische und umfassende [Haushaltsanalyse](#) erscheint bereits frühzeitig in 2020 dringend geboten. Dabei sollten vorrangig Finanzierungs-, Bürgerschafts- und Ausfallrisiken genau erfasst und analysiert werden. Die entsprechenden Schlussfolgerungen sollten dazu bis zur Haushaltsplanung für 2021 gefasst werden.

[Schlanke und leistungsfähige Verwaltungen](#) mit hoher Variabilität können eine schnellere Anpassungsfähigkeit der Personalkosten erleichtern. Dabei sollte der Break-Even-Point bekannt sein. Wird dort, wo der Personaleinsatz nach Projektmanagement gesteuert werden kann, eine höhere Variabilität bei

den Fix-Kosten erreicht, sollte rechtzeitig gegengesteuert werden. Eine angepasste [Investitionspolitik](#) sollte zuerst auf rentierliche Investitionen oder unabweisbare Investitionen in der Infrastruktur gerichtet werden, welche der demographischen Situation vorausschauend gerecht werden.

[Auszug aus einem Aufsatz zu den makroökonomischen Entwicklungen und dessen Folgen für die Kommunen in Deutschland – 2020 bis 2022](#)

RENTA CONTROL UNION,
06.01.2020

